

## Positionspapier der SGK Hessen

### Die AfD im Koordinatensystem Hessischer Kommunalpolitik

Nach den Kommunalwahlen 2016 sind in vielen Gemeindevertretungen, Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen Vertreterinnen und Vertreter der AfD mit kommunalpolitischen Mandaten ausgestattet worden.

Die AfD feiert bei Landtagswahlen Erfolge. Durch einen möglichen Einzug in den Deutschen Bundestag am 24. September 2017 **kann das politische System verschoben werden**. Auf allen Ebenen wird über die Frage des Umgangs mit der AfD diskutiert.

Die SGK Hessen will mit dieser Positionsbestimmung den Vertreterinnen und Vertretern eine Handreichung und Orientierung geben, wie mit der AfD umgegangen werden kann. Als eine gute und übergeordnete Handlungsempfehlung verweisen wir auf das Papier „Nachgefragt, klar gestellt, Grenzen setzen“ der Amadeu Antonio Stiftung (<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/afd-handreichung.pdf>).

1. Die AfD hat nur punktuell Erfahrung mit den parlamentarischen Abläufen. Auch dort, wo AfD-Mitglieder bereits für andere Parteien in Parlamenten waren, ist die Grundhaltung ihrer Arbeit von grundsätzlicher Skepsis gegenüber den parlamentarischen und kommunalpolitischen Gremien und Abläufen gekennzeichnet. Die Folge ist, dass permanent Wahlen angefochten, Akteneinsichtsausschüsse gefordert und die Rechtsaufsicht (Regierungspräsidien) aber auch Verwaltungsgerichte angerufen werden. Die AfD tut dies, um sich als Opfer zu inszenieren. Dies bindet Zeit und Kräfte von Gemeindevertreter/innen und Teilen der Verwaltung. Trotzdem sollte mit den Vertreter/innen der AfD im Rahmen der HGO, der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung korrekt umgegangen werden.
2. Nicht alle Vertreter/innen der AfD in den Kommunalparlamenten sind der „Neuen Rechten“ zuzuordnen. Aber die AfD ist vielfältig und sehr unterschiedlich. Dies führt in vielen Kommunalparlamenten schon jetzt dazu, dass AfD-Mitglieder ihre Fraktion verlassen und als fraktionslose Mitglieder der Gemeindevertretung weitermachen. Auch thematisch agieren die Kommunalfraktionen sehr unterschiedlich. Allerdings ist auch eine gewisse Koordination von Anträgen festzustellen, die bereits jetzt in mehreren Kommunalparlamenten aufgetaucht sind. Dazu gehören Anträge zum Audiolivestream in Gemeindevertretungen, zur Sexualerziehung und zum Verbot der Vollverschleierung. Viele Anträge befassen sich mit Formalien und zielen auf die Geschäftsordnungen, wie der Veröffentlichung von Verhandlungsgegenständen nicht öffentlicher Sitzungen.

3. Die AfD hat zu einer ihrer Kampflinien die „Unterbringung von Flüchtlingen“ gemacht. Alle Verträge, die die Kommunen mit Betreibern von Unterkünften machen, werden genau untersucht und kritisiert; teilweise auch auf gerichtlichem Weg. Anträge zum Familienzuzug von subsidiären Schutzberechtigten gehören ebenfalls zu den Aktivitäten der AfD. Die Lage der Flüchtlinge wird im Rahmen großer und kleiner Anfragen akribisch erhoben.
4. Auch auf der kommunalen Ebene wird die Melodie der „Lügenpresse“ gespielt.  
AfD Gemeindevertreter stehen der Presse skeptisch gegenüber und greifen sie an. Gleichzeitig hat man den Eindruck, als zielte die politische Arbeit der AfD-Fraktionen nicht auf die traditionellen Medien. AfDler transportieren ihre Botschaften insbesondere in den sozialen Netzwerken. Dort erreichen auch regionale Posts enorme Reichweiten. Diese verfangen zwar nur bei der eigenen Klientel, die wird aber zunehmend „bekennender“.
5. Die AfD hat regionale Schwerpunkte und bespielt diese auch. Im Main-Taunus-Kreis wird die AfD zur Bundestagswahl mit der gesamten Bundesprominenz auftreten (Frauke Petry, Beatrix von Storch, Geert Wilders u.v.m.) Die traditionellen Hochburgen in der Wetterau werden ebenfalls intensiv bearbeitet. Dies zeigt, dass die AfD auf Landesebene durchaus ihre politischen Aktivitäten steuert.